

**Wegen der morgen stattfindenden Parla-  
mentswahlen fällt das Sonnabend-Mittagblatt  
aus. Die Expedition der Breslauer Zeitung.**

## Mitte.

Die Freunde unserer Zeitung ersuchen wir hiermit, uns von dem Ausfalle der am Sonnabend stattfindenden Wahlen zum norddeutschen Reichstage möglich bald, schriftlich oder telegraphisch, Nachricht geben zu wollen.

## Deutschland.

**Berlin, 29. August. [Amtliches.]** Se. Majestät der König hat dem Rechtsanwalt und Notar, Justiz-Rath Schmidt zu Kosten den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und dem Abzeichen und ersten Vizeleutnanten des Reichs, sowie dem Sanitätsrath Dr. Franz Albert Moritz Scholz zu Schwednitz den Charakter als Geheimen Sanitäts-Rath verliehen. (St.-Anz.)

[Der Prinz Friedrich Carl] ist heute früh von Ostende auf Jagdschloß Glienke wieder eingetroffen.

[Der königliche Botschafter am französischen Hofe, Graf v. d. Goltz.] ist heute von Kissingen hier eingetroffen.

[Der Contre-Admiral Sachmann] ist von Kiel hier angekommen.

[Das Staats-Ministerium] war gestern Abend im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zu einer vertraulichen Besprechung zusammen. Wie wir hören, wird dasselbe heute Abend zu einer Sitzung zusammentreten.

[Der Abgeordnete Geheime Obertribunalsrath Dr. Walder] ist im besten Wohlbefinden von seiner Bade- und Erholungsreise hierher zurückgekehrt.

[Die Stellung des Grafen Lippe.] Wie die „Voss. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist die Stellung des Herrn Justiz-Ministers Grafen von Lippe befriedigender denn je, und zwar durch sein „energisches Vorgehen“ in Betreff der heftigen Gerichtsorganisation.

[Ernennung.] Der Weihbischof und Dompropst Dr. Anton Frenzel ist zum General-Administrator des ermländischen Bisthums vom Domcapitel gewählt worden.

[Das Freizügigkeitsgesetz.] Dem Vernehmen nach bezweckt die beim norddeutschen Bundesrath zu erwartende Vorlage wegen gemeinsamer Regelung der Freizügigkeit im Wesentlichen die auf das ganze Bundesgebiet auszuübende Geltung des preussischen Niederlassungsgesetzes vom 31. Dezember 1842. Die Heimathsgesetze der einzelnen Bundesstaaten sollen dabei gesondert werden. Eine etwaige Modification derselben bleibt dem weiteren Entwicklungsgange und späteren Vereinbarungen vorbehalten. Hauptgrund- sache des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 ist es, „daß die Gemeinden und Polizeibehörden keinem selbstständigen preussischen Unterthan an dem Orte, wo er eigene Wohnung oder ein Unterkommen sich selbst zu verschaffen im Stande ist, den Aufenthalt zu verweigern oder durch lästige Bedingungen zu erschweren, sofern nicht das Gesetz selbst Ausnahmen zuläßt.“ Dieser Grund- sache soll nun also für alle Angehörige des Bundes und für die gegenseitige Freizügigkeit im gesammten Bundesgebiete maßgebend werden. Was dabei die gesetzlichen Ausnahmen betrifft, so hört man in Betreff der zulässigen Ausweisungen, es sei mit einer Aenderung der jetzt in Preußen geltenden Bestimmungen in dem oben erwähnten Entwurf der Sach aufgestellt: eine Ausweisung neu Zugewandener könne innerhalb des ersten Jahres stattfinden, aber nur, wenn bei denselben dauernde Erwerbs-Unfähigkeit nachweisbar sei.

[Verurtheilung.] Im Herbst vorigen Jahres wurde ein hiesiger Bohndiener Abends in der Nähe der Stadt von mehreren Soldaten überfallen und so arg verwundet, daß er bald darauf eine Leiche war. Der Hauptthäter ist jetzt rechtskräftig zur Ausweisung aus dem Sol- datenstande und zu 15jähriger Zuchthausstrafe, die Mitschuldigen sind zu mehrjähriger Festungstrafe verurtheilt.

**Schloß Babelsberg, 29. August. [Se. Majestät der König]** wohnte gestern Vormittag einem Scheibenschießen des Garde-Jäger- Bataillons bei und nahm dann den Vortrag des Geheimen Cabinets- Rathes v. Müller entgegen. Nach dem Diner begab sich Se. Maj. mit dem 5 Uhr-Zuge nach Berlin, besuchte die Vorstellung im königl. Opernhaus und kehrte um 11 Uhr nach dem Babelsberg zurück. Heute nahm Se. Maj. militärische Meldungen und die Vorträge der Generale v. Poddelski und v. Trescow entgegen und empfing um 4 1/2 Uhr den Minister des Innern, Grafen Eulenburg, sowie den tür- kischen Gesandten Aristarchi-Bey. (St.-M.)

**Schleswig, 28. August. [Ernennung.]** Wie die „S. N.“ hören, ist von Seiten des Unterrichtsministeriums der künftige Ober- director der Gymnasien unserer Provinz bereits ernannt. Die betreffende Stelle wird dem bisherigen Gymnasial-Director zu Gütersloh in West- falen, Professor Dr. Rumpel, übertragen werden.

**Lübeck, 27. August. [Aufhebung der Bürgergarde.]** Bei der Verhandlung der Bürgergarde über die Ratification der Militär- convention mit Preußen am 15. Juli d. J. stellte Dr. Brehmer den Antrag: „Die Bürgergarde solle den Senat ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht eine baldige Aufhebung der Bürgergarde im öffent- lichen Interesse geboten sei.“ Obwohl der Antragsteller darauf hin- wies, daß das Institut unserer Bürgergarde schon jetzt sich vollständig überlebt habe und daß nach dem Einrücken eines preussischen Bataillons in unsere Stadt durch den Fortbestand der Bürgergarde Unzuträglich- keiten und Konflikte aller Art unvermeidlich sein würden; obwohl dann auch von anderen Seiten der Antrag unterstützt wurde und die Senats- Commissarien sich völlig passiv verhielten, so lehnte die Bürgergarde da- mal den Antrag dennoch mit ziemlicher Majorität ab. Im Schooße der Bewaffnungs-Deputation, der Behörde, welche die Angelegenheiten der Bürgergarde leitet, scheint die gegebene Anregung jedoch nicht ver- loren gegangen zu sein, und dieselbe hat erkannt, daß ein Fortbestand der Bürgergarde mit den neuen Militärverhältnissen unverträglich sein werde. Die Bewaffnungs-Deputation hat somit in einer neulichen Sitzung beschloffen, beim Senate die demnächstige Aufhebung der Bür- gergarde zu beantragen. (H. N.)

**Hamburg, 27. August. [Volks-wirtschaftlicher Congress.]** Die heutige 2. Sitzung, welche mit einer halbtägigen Unterbrechung von früh 9 bis Nachmittags 1/4 Uhr dauerte, hatte zur Tagesordnung: „die Ver- einigung des Zolltarifs im wirtschaftlichen und finanziellen Interesse.“ Zugleich fand die Tabaksteuer-Frage Berücksichtigung. Die beiden Referenten Dr. Michaelis (Nat.-Ztg.) und Wolff (Allg.-Ztg.) beantragten auf Grund eines sehr umfangreichen Berichts des ersten der beiden Herren folgende Resolution:

„1) Aufgabe der Tarifreform im Zollverein ist gegenwärtig a. die consequente Beseitigung des Schutzsystems, b. die Durchführung des Tarifs auf wenige nach finanziellen Rücksichten ausgewählte Positionen.

2) Die Deckung des durch die Entziehung des Zolls auf die Dauer zu erwartenden, theils von der durch die bezeichnete Tarifreform im Allgemeinen zu bewirkenden Steigerung der Production und des Verbrauchs,

theils von einer rationelleren Anordnung und Ermäßigung der Zoll- resp. Steuerföhr für Jüder, durch welche dieser in allen Formen dem Massenver- brauch zugänglich gemacht wird.

3) Zur Deckung des vorübergehenden Ausfalles sind zeitweise mäßige Zuschläge zu einzelnen Consumtions-Steuern zulässig, unter Aus- schluß derjenigen Abgaben, welche notwendige Lebensbedürfnisse treffen.

4) So weit etwa aus dieser Rücksicht ein Zuschlag zur Tabaksteuer er- rung in Frage kommen sollte, ist auch bei dieser daran festzuhalten, daß a. das im Zollverein hergebrachte Princip einer mäßigen Besteuerung des Verbrauchs gewahrt und b. jede verwerfliche Controle der Production und des Vertriebs ausgeschlossen bleibe.“

Die Punkte 2, 3 und 4 erregten lebhafteste Debatten und vielfachen Wider- spruch; auch Dr. Faucher sprach sich gegen dieselben aus. Ebenso insbeson- dere Dr. Böhmert (Professor in Zürich), welcher einen Antrag auf gänz- liche Beseitigung der indirecten Besteuerung gefaßt sehen will und für die Möglichkeit eines praktischen Vorgehens in dieser Richtung Beispiele aus der Schweiz anführt. Dr. Meyer (Breslau) und Prof. Matowiczka gehörten zu den Vertheidigern der Referenten-Anträge. Ueber die Tabaksteuer- frage verbreitete sich in besonders eingehender, das bekannte Regierungsproject energisch bekämpfender Weise Prof. Emminghaus von Carlshöhe; derselbe stellte ein Abfag 4 der Referenten-Anträge beseitigendes Amendement in dieser Richtung, welches jedoch abgelehnt wurde. Dr. Wolff von Stettin wies in seinem Schlußwort (als Correferent) den Vorwurf des Dr. Böhmert zurück: „Der Referent (Michaelis) habe bei der Verfassung seiner Anträge gewisser- maßen mit einem Fuße in dem Reichstage und mit dem anderen im volks- wirtschaftlichen Congress gestanden.“ — Bei der Abstimmung wurden die Referenten-Anträge angenommen und zwar Abfag 1 einstimmig, Abfag 2 mit bedeutender Majorität, Abfag 3 mit nur 98 Stimmen gegen 81, Abfag 4 mit geringer Majorität. — Außerdem fand Annahme mit bedeutender Mehr- heit ein Antrag des Herrn Hargreaves, auf 1b folgen zu lassen:

„c) die durchgreifende Revision der Zollabfertigung und Verwaltung in Uebereinstimmung mit den beabsichtigten Anforderungen des beschleunigten und gesteigerten Verkehrs,“ und auf Antrag des Herrn Prof. Matowiczka, in Abfag 4 zwischen a und b einzuschalten:

„den bisherigen Besteuerungsmodus im Wesentlichen beibehalten, jedoch die Uebergangssteuer für den nach Norddeutschland gehenden süddeutschen Tabak beseitigen und dafür die in Preußen bestehende innere Verbrauchssteuer auf die süddeutschen Staaten ausgedehnt werden.“ (Vollz.)

**Elberfeld, 27. Aug. [Die Broschüre des Herrn S. B. von Schweiger:]** „Der Capitalgewinn und der Arbeitslohn, den Arbeitern von Elberfeld-Barmen gewidmet“ ist von der hiesigen Polizei mit Beschlagnahme belegt worden.

**Dresden, 27. Aug. [Dr. Klemm +.]** In der gestrigen Nacht starb hier der königl. Oberbibliothekar Hofrath Dr. Fr. G. Klemm im 65. Lebensjahre. Er hat sich um die Culturgeschichte große Verdienste erworben.

**Dresden, 29. August. [Diäten.]** In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten stellte Stadtv. Dr. Schulz den Antrag:

„Dem Reichstagsabgeordneten für Alt- und Friedrichstadt Dresden für die Dauer des Reichstags 5 Thlr. tägliche Diäten und dem- jenigen des Reichstags (IV.) Wahlbezirks einen den Verhältnissen ent- sprechenden Beitrag zu seinen Kosten aus städtischen Mitteln zu gewähren.“

Stadtv. Krippendorf, bezeichnet den Antrag als keine städtische An- gelegenheit, welcher Ansicht Advocat Gruner entgegentrat. Letzterer ver- wies, bei Aufstellung der Frage: ob es den Bestimmungen der nord- deutschen Bundesverfassung nicht etwa zuwiderlaufe, wenn den Abge- ordneten aus irgend welchen Fonds Diäten gewährt würden, auf eine Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck, wo- nach derselbe zugestanden habe, daß, wenn der Abgeordnete entschädigt würde, man nichts dawiderhaben könne. Der Antrag wurde schließlich der Finanz- und Verfassungsdeputation zur Berichterstattung übergeben.

**Kassel, 24. August. [Zur Presse.]** In Folge Beschlusses der Landes-Administration ist den Regierungen und Regierungs-Commissionen angezeigt, daß die Provinzial-Wochenblätter der Stempelsteuer nicht un- terliegen.

**Wiesbaden, 27. August. [Der Protest des Herzogs]** gegen die Ueberschreibung der Domänen auf den preussischen Fiskus ist nun auch von der Landoberschultheißerei in Dillenburg zurückgewiesen wor- den. Auch diese Behörde hat sich einfach auf den Boden der Verord- nung vom 5. Juli 1867 gestellt und die früheren nassauischen Gesetze, wie es scheint, ganz unberücksichtigt gelassen. Die betreffende Remon- stration ist übrigens auch gegen diese Verfügung bereits eingelegt wor- den. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, steht der Abschluß des Ausgleichungsvertrages unseres Herzogs mit der Krone Preußen in aller- nächster Zeit bevor. Prinz Nicolaus wird deshalb auch vorerst nicht mehr in dieser Angelegenheit nach Berlin gehen. (Fr. Z.)

**Biedrich, 25. Aug. [Das Kronprinzliche Paar.]** Nach der „Mittelrh. Ztg.“ werden der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen in dem hiesigen Schloße nächstens auf einige Zeit Wohnung nehmen.

**Darmstadt, 27. Aug. [Der gestern gemeldete Unglücks- fall,]** welcher bei dem Exercieren im Feuer vorfiel, hat eine strenge Untersuchung veranlaßt. Sofort wurde auf Veranlassung des Obersten v. Jungenfeld, an dem einige Kugeln vorbeisagten, das Feuer, das kaum begonnen hatte, eingestellt und sodann eine genaue Untersuchung sämmtlicher Munition im Theaterhof vorgenommen, wo sich in vielen Patronenföhr die scharfen gemischt mit den blinden Patronen vorgefun- den haben sollen; man schloß hieraus, daß in Befehl, von wo aus diese Munition geliefert wurde, ein Versehen vorgefallen sei. Viele Personen, die in der Nähe des Exercierplatzes beschäftigt waren, befanden sich durch diesen Irrthum in augenscheinlicher Gefahr.

**Frankfurt, 27. August. [Herr v. Savigny]** war jüngst in unserer Stadt anwesend, wo er geschäftliche Angelegenheiten mit dem Hause Rothschild zu erledigen hatte. Derselbe reiste von hier nach Bad Köslen an der Saale. (Fr. Z.)

**München, 27. August. [Berichtigung.]** Nach Mittheilung einiger Blätter soll der Kaiser der Franzosen bei seiner Rückreise auf dem hiesigen Bahnhofe dem Fürsten Hohenlohe das Bedauern ausge- sprochen haben, daß eine Allianz der Süddeutschen nicht erzielt werden sei. Natürlich ist das falsch und Fürst Hohenlohe selbst hat, wie ich von zuverlässiger Seite vernehme, diese Mittheilung als eine müßige Erfindung bezeichnet. Der Fürst hat sich dieser Tage zur Fortsetzung seines Urlaubs wieder nach Auesee begeben.

## Deutsches Reich.

**Wien, 29. August. [Die Ueberführung der königl. böh- mischen Kroninsignien nach Prag.]** Gestern Abends fand die feierliche Ueberführung der in der Schatzkammer aufbewahrten königl. böhmischen Kroninsignien nach Prag statt. Am Franzensplatz hatten sich sehr viel Menschen angesammelt. Präcise 6 Uhr erfolgte die feier- liche Uebernahme der Kroninsignien von Seiten der zu diesem Zwecke aus Prag hierher entsendeten Deputation unter dem bereits früher ge- meldeten Ceremoniell. Dann verkündigte das Insgehehrufen der Burg-

wache, daß sich der Zug in Bewegung setze. Zuerst ritt eine halbe Escadron der ausgeröckten Cavallerie, dann ein Hofspanier zu Pferde, ferner ein Hofpauert ebenfalls zu Pferde, sodann der sechs-spännige Hof- galawagen, in demselben die Kroninsignien, auf den oberen Sitz in einen von außen mit Gold beschlagenen und mit rothem Sammet be- legten Koffer gestellt, auf dem unteren Sitz saß eines der Deputations- mitglieder. Dann folgte ein zweiter sechs-spänniger Hofgalawagen, in welchem der Commisair Ritter v. Kopeck und der Oberlandmarschall Fürst Adolf Auersperg saßen; diesem schlossen sich zwei zweispännige Hofwagen mit den übrigen Mitgliedern der Deputation an.

**Brünn, 28. August.** Eine hier beabsichtigte geistliche Massen- Demonstration aus Anlaß der Ueberführung der böhmischen Kron- Insignien ist gänzlich verunglückt. — Mit dem heutigen Separatzug, dessen Fahrpreise außerordentlich billige waren, haben sich nach Prag nur 58 Personen begeben.

**Prag, 28. August. [Festzugler.]** sind in ziemlicher Anzahl angekommen. Die Häuser-Decoration ist dürftig; schwarz-gelbe Fahnen sind wenige zu sehen; die auf dem Alstädter Rathhause angebrachten wurden wieder abgenommen.

## Italien.

**Florenz, 23. Aug. [Gerüchte. — Finanzielles.]** Die uner- wartete Rückkehr des Königs hat hier, so schreibt man der „R. Z.“, zu verschiedenartigen Gerüchten Anlaß gegeben. Es hieß sogar, Victor Emanuel sei von Paris aus angekommen worden, sich über die Haltung zu äußern, die er angefaßt gewisser Eventualitäten zu beobachten ge- denkt. So unbegründet, wie dieses Gerücht, ist ein anderes, welchem zufolge Graf Bismarck Herrn v. Ussedom nach Berlin hätte kommen lassen, um ihn darüber zu befragen, was Preußen von Italien zu erwarten habe. Ich benutze diese Gelegenheit, um Ihnen zu sagen, daß, so viel ich über die Gesinnungen der leitenden Staatsmänner weiß, diese gegen die französisch-österreichische Allianz sind, als den Frieden gefährdend, und der König ist mit ihnen einverstanden. Ferner kann ich mit Bestimmtheit melden, daß, so weit jetzt noch über die zukünftige Haltung Italiens zu urtheilen ist, dieses seine freie Hand so lange als nur möglich zu wahren suchen wird. Ueber diesen Punkt ist Rattazzi mit Herrn Nigra ganz desselben Sinnes. Rattazzi wird zunächst für 150 Millionen Kirchengüter zum Verkaufe bringen. Jemand, der 100,000 Fr. disponibel hat und Güter kaufen will, würde sich zuerst Banknoten anschaffen und so in den Besitz von 108,000 Fr. gelangen, für diese würde er sich Obligationen kaufen, welche, zu 80 emittirt, ihm 126,000 Fr. zur Verfügung stellen. Tragen wir einem Disconto von 7 Procent für die sofortige Einzahlung Rechnung, so werden die 100,000 Fr. auf 145,000 Fr. angewachsen sein. Hierzu gefügt sich noch der Disconto für die Baarzahlung des Güterkaufes, für welche die Regierung einen Termin von 18 Jahren läßt, und aus den 145,000 werden sofort 160—170,000 Fr. Die italienischen Finanzen machen unter dieser Bewandnis kein glänzendes Geschäft.

[Der König. — Die Cholera.] Der König Victor Emanuel ist angeblich sehr verdrießlich, weil Rattazzi auf seine Rückkehr nach Florenz drang, während er darauf gerechnet hatte, bis Ende September in Piemont verweilen zu können. Der König wird, wie es heißt, auf Anrathen des Ministerraths eine Rundreise in den wenig getreuen neapolitanischen Provinzen und in Sicilien machen und zwar schon im kom- menden Monat, wo man annimmt, daß die Cholera aufgehört haben wird. Die Seuche ist zwar allerdings an vielen Orten in stetem Ab- nehmen, aber leider auch an vielen Orten erst im Beginn oder Auf- steigen, wie zu Rom und Messina. In den Orten, wo beim ersten heftigen Auftreten der Seuche fast Alles die Flucht ergriff, steht es über die Massen traurig aus. So fand der von Rom als außerordentlicher Delegat nach Albano gefandte Uditore di Rota Monsignor Appoloni daselbst weder Bürgermeister noch Gemeinderath, weder Apotheker noch Bäcker und Metzger. In vielen Häusern fand man unbestattete Leich- name, andere Häuser ausgeplündert und das Vieh in den Ställen ver- hungert. Um für die Hinterbliebenen zu sorgen, mußte Alles von Rom herbeigebracht werden. In den letzten Tagen begannen indessen die Flüchtigen sich wieder einzustellen. Der ebenfalls zu Albano verforborene Schabälische Bischof Monsignor di Natale von Diarbekir in Mesopo- tamien starb nicht an der Cholera, sondern an den Folgen einer lang- wierigen Brustkrankheit.

**Rom, 21. Aug. [Das ökumenische Concil und die Re- vision des österreichischen Concordats]** nehmen gegenwärtig vor Allem das Interesse der Curie in Anspruch, und zwar sind beide Fragen in einem gewissen Zusammenhange miteinander. Um nämlich das Zustandekommen des Concils zu sichern, wird von Spanien seit längerer Zeit bei den Mächten die Neutralisirung des päpstlichen Ge- bietes für jene Epoche betrieben. Die gestellten Anfragen gaben aber ausweichende Antworten, indem man sich in Paris auf die Entscheidung Wiens, in Wien auf Paris berief. Cardinal Antonelli hat nun ein Interesse, eine dieser Mächte zu einer bestimmten Entscheidung zu brin- gen und will von Oesterreich eine Zusage erhalten, indem er die Revi- sion des Concordats in Aussicht stellt. Es ist dies der letzte Trumpf, welchen Antonelli zum Schutze der weltlichen Macht auspielt, nachdem er die einfache Garantie des gegenwärtigen päpstlichen Gebietes von Herrn v. Beust nicht erlangen konnte. Man erwartet auch jetzt nicht viel von dem österreichischen Reichsfürsten und ist daher auf denselben nicht sehr günstig zu sprechen. Endlich ist auch die italienische Regierung über die Bemühungen Spaniens wohl unterrichtet und wird sich nicht von einer fertigen Convention überraschen lassen. (H. Z.)

## Frankreich.

**\* Paris, 27. Aug. [Aus Spanien]** wird gemeldet, daß die Insurrection stetig vorgeht. Auch der Umstand scheint nicht mehr bezweifelt werden zu können, daß der Aufstand gegen die Dynastie ge- richtet ist. Also auch nach dieser Seite hin scheinen schwarze Punkte den Horizont zu verdunkeln; doch hat man hier angedeutet, daß der Sieg der spanischen Revolution, wenn diese nicht zu Gunsten von Mont- penster ausfällt, der hiesigen Regierung nicht gerade unangenehm wäre. — Im Ministerium des Innern traut man auch ernstlich dem Frie- den in Spanien nicht recht. Der Botschafter Mon hatte nämlich durch eine dritte Person diese Behörde darauf aufmerksam machen lassen, daß ein carlistisches Meeting in Bayonne und eines in Paris stattfinden solle und daß die Zeitungen davon öffentlich sprächen. Man antwortete aber auf diese Hinweisung ziemlich offenerherzig, daß mit spa- nischen Bewegungen nicht eben zu scherzen sei und man heute nicht wissen könne, wer dort morgen regiere. Deshalb sei es besser, von solchen



